



Dienstag, 11. November 2025, 16:00 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Der Wendepunkt, der keiner ist

Palästina bekommt den Status der souveränen Staatlichkeit von fünf Nationen zuerkannt, die zugleich den Krieg finanzieren, der das Land zerstört.

von Michael Hollister
Foto: BUTENKOV ALEKSEI/Shutterstock.com

Noch vor wenigen Jahren war, wenn man von „dem Westen“ sprach, das Wort „Werte“ nicht fern. Die

westliche Welt als Hort der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte – eine Erzählung, die schon immer ihre Leichen im Keller hatte. Heute jedoch scheint sie vollends beendet zu sein. Die finanzielle und rhetorische Unterstützung Israels seit dem 7. Oktober 2023 hat ihr den Todesstoß versetzt, so sehr, dass westliche Regierungen immer mehr um den Rückhalt ihrer Bevölkerungen kämpfen müssen. Fünf von ihnen haben nun Palästina als Staat anerkannt, und immer mehr scheinen einen restriktiveren Kurs bei der Lieferung von Rüstungsgütern zu fahren. „Scheinen“ ist dabei das entscheidende Wort.

Westliche Nationen sagen, sie hätten Palästina anerkannt. Aber ihre Waffen zerstören es weiterhin.

Am 21. und 22. September 2025 gaben fünf westliche Nationen bekannt, dass sie den Staat Palästina offiziell anerkennen würden: Großbritannien, Kanada, Australien, Portugal und Frankreich. Die Erklärungen kamen mit feierlichen Reden über Gerechtigkeit, Frieden und historische Verantwortung. Der französische Präsident Emmanuel Macron verkündete, dass „die Zeit für Frieden gekommen ist“. Der britische Premierminister Keir Starmer sprach von der „tiefen Verpflichtung“ seiner Nation zur palästinensischen Selbstbestimmung. Kanadische Beamte bezeichneten den Schritt als einen „Schritt zu dauerhaftem Frieden“.

Für viele Palästinenser und ihre Unterstützer fühlte sich der Moment historisch an. Nach Jahrzehnten der Verleugnung, Besatzung und Zerstörung erkannten

große westliche Mächte endlich an, was ein Großteil der Welt längst akzeptiert hatte: dass Palästina als souveräner Staat existiert. Doch 33 Tage später ist die Feier zu etwas Dunklerem geworden.

Denn während diese Regierungen mit der einen Hand die palästinensische Staatlichkeit erklärten, bewaffneten sie mit der anderen weiterhin Israels Militärkampagne in Gaza. Dieselben Nationen, die jetzt Palästina anerkennen, haben die letzten zwei Jahre damit verbracht, die Waffen, Komponenten und Technologien zu liefern, die palästinensisches Territorium in Schutt und Asche legen, Hunderttausende vertreiben und Zehntausende Zivilisten töten.

Der Widerspruch ist nicht subtil. Er ist dreist. Und er wirft eine fundamentale Frage auf: Was bedeutet Anerkennung, wenn die anerkennenden Mächte gleichzeitig die Zerstörung eben jenes Staates ermöglichen, den sie angeblich anerkennen?

Die Zahlen lügen nicht

Beginnen wir mit Großbritannien. In seiner Ankündigung betonte Premierminister Starmer Britanniens „historische Verantwortung“ zur Unterstützung palästinensischer Staatlichkeit – ein Verweis vielleicht auf die Balfour-Erklärung von 1917, die Palästina als „nationale Heimstätte für das jüdische Volk“ versprach und über ein Jahrhundert der Enteignung in Gang setzte.

Doch Britanniens aktuelle Handlungen erzählen eine andere Geschichte.

Laut Regierungsdaten unterhielt Großbritannien zwischen Oktober 2023 und Juli 2025 Hunderte aktive Exportlizenzen für Militärausrüstung nach Israel. Eine

***Untersuchung des Guardian vom Juni 2024
dokumentierte mindestens 108 seit dem 7. Oktober 2023
erteilte Lizenzen mit einem geschätzten Jahreswert von
18 Millionen Pfund.***

Im September 2024 kündigte die britische Regierung an, „etwa 30“ Lizenzen für Exporte auszusetzen, die in Gaza eingesetzt werden könnten – ein Schritt, der bedeutsam klingt, bis man erkennt, dass er die überwiegende Mehrheit der Lizenzen unberührt ließ. Die Aussetzung schloss ausdrücklich „britische Komponenten für das multinationale F-35-Kampfflugzeugprogramm“ aus – genau jenes Flugzeug, das zentral für Israels Bombardierung Gazas war.

Ein Bericht der Palestinian Youth Movement vom Mai 2025, der israelische Steuerbehördendaten analysierte, enthüllte, dass tausende militärische Güter während des Krieges weiterhin von Großbritannien nach Israel flossen, darunter Komponenten für F-35-Kampffjets, Überwachungstechnologie und Munition. Mit diesen Erkenntnissen konfrontiert, bestand Außenminister David Lammy darauf, die Exporte entsprächen britischem Recht. Kritiker, darunter der hochrangige Labour-Abgeordnete John McDonnell, forderten eine formelle Untersuchung, ob Lammy das Parlament getäuscht habe.

Frankreichs Bilanz zeigt ein ähnliches Muster. In einem Radiointerview im Oktober 2024 erklärte Präsident Macron: „Die Priorität ist, dass wir zu einer politischen Lösung zurückkehren, dass wir aufhören, Waffen zu liefern, um in Gaza zu kämpfen. Frankreich liefert keine.“

Diese Aussage war falsch. Eine Untersuchung von Progressive International, Palestinian Youth Movement und französischen Friedensorganisationen vom Juni 2025 dokumentierte, dass Frankreich zwischen Oktober 2023 und April 2025 Militärausrüstung im Wert von etwa 27,1 Millionen Euro nach Israel lieferte, darunter

Komponenten für Bomben, Granaten, Raketen und Artilleriesysteme. Französische Beamte haben diese Exporte verteidigt, indem sie behaupteten, sie seien nur für Israels „defensives“ Iron-Dome-System – eine Unterscheidung, die hohl klingt, wenn diese Defensivsysteme Ressourcen für Offensivoperationen freisetzen, die nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums über 66.000 Palästinenser getötet haben.

Das Muster wiederholt sich in Kanada. Im Januar 2024 kündigte Ottawa an, neue Exportgenehmigungen für militärische Güter nach Israel auszusetzen – ein Schritt, der weithin als Waffenembargo berichtet wurde. Doch wie The Maple enthüllte, war die „Pause“ weitgehend kosmetisch. Bereits genehmigte Lizenzen blieben gültig und erlaubten, dass über 94 Millionen Dollar an militärischen Gütern zwischen Januar 2024 und März 2025 nach Israel flossen. Weitere 83 Millionen Dollar an kanadisch hergestellten Sprengstoffen erreichten Israel über US-Regierungsverträge und umgingen Kanadas Exportkontrollen vollständig.

Ein Bericht der Palestinian Youth Movement vom Juli 2025 dokumentierte Dutzende Lieferungen von Kanada nach Israel mit mehr als 400.000 Kugeln, Patronen und F-35-Komponenten – kaum das Profil einer Nation, die es ernst meint damit, ihre Komplizenschaft bei Gazas Zerstörung zu beenden.

Australien vervollständigt das Bild. Während Canberra weniger transparent über seinen Waffenhandel war, fanden investigative Recherchen des Australian Center for International Justice, dass Dutzende vor Oktober 2023 genehmigte militärische Exportgenehmigungen aktiv blieben und erlaubten, dass Komponenten und Überwachungstechnologie weiterhin nach Israel flossen. Portugal kam seine Anerkennung zwar ohne große Waffenlieferungen, aber auch ohne jede bedeutsame Verpflichtung, Druck auf Israel auszuüben oder palästinensische Souveränität über

das Symbolische hinaus zu unterstützen.

Und die, die nicht mal anerkennen

Während diese fünf Nationen zumindest symbolisch Palästina anerkennen, gibt es andere westliche Mächte, die selbst diese Geste verweigern – und dennoch Israel massiv bewaffnen.

Deutschland ist das prominenteste Beispiel. Als zweitgrößter Waffenlieferant Israels nach den USA hat Berlin seit Oktober 2023 Rüstungsexporte im Wert von über 326 Millionen Euro genehmigt, darunter Munition, U-Boot-Komponenten und militärische Ausrüstung. Ex-Bundeskanzler Olaf Scholz hatte wiederholt bekräftigt, dass „die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson“ sei – eine Position, die in der Praxis bedingungslose militärische Unterstützung bedeutet.

Gleichzeitig lehnt Deutschland die Anerkennung Palästinas ab. Anders als Großbritannien, Frankreich oder Kanada bietet Berlin nicht einmal die symbolische Geste an. Stattdessen: Waffen ohne Worte. Komplizenschaft ohne den Anschein von Gewissen. Der Kontrast ist aufschlussreich. Die fünf anerkennenden Nationen können zumindest behaupten, sie würden „etwas tun“ für palästinensische Rechte – auch wenn ihre Handlungen das Gegenteil beweisen.

Deutschland verzichtet sogar auf diesen symbolischen Deckmantel. Das Ergebnis ist dasselbe: Palästinensisches Gebiet wird weiterhin mit westlichen Waffen bombardiert, ob die Lieferanten nun Anerkennung aussprechen oder nicht.

Wie Regierungen ihre Politik

rechtfertigen

Auf die Vorwürfe der Komplizenschaft reagieren die Regierungen mit vorhersehbaren Rechtfertigungen.

Britische Beamte argumentieren, dass die ausgesetzten 30 Lizenzen „signifikante Schritte“ darstellen. Außenminister David Lammy betonte wiederholt, alle verbleibenden Exporte entsprächen internationalem Recht und seien für „defensive“ Zwecke bestimmt.

Frankreich behauptet, seine Lieferungen seien ausschließlich für Israels Iron-Dome-System – ein defensives Raketenabwehrsystem. Präsident Macron erklärte kategorisch: „Frankreich liefert keine Waffen, um in Gaza zu kämpfen.“

Kanada verweist darauf, dass neue Genehmigungen ausgesetzt wurden. Bestehende Verträge könnten aus „rechtlichen Gründen“ nicht einseitig gekündigt werden, so die offizielle Begründung. Doch diese Rechtfertigungen halten einer Prüfung nicht stand.

Erstens: Die Unterscheidung zwischen „defensiv“ und „offensiv“ ist bedeutungslos in einem asymmetrischen Konflikt. Wenn Israel sein Iron-Dome-System mit französischer Technologie betreibt, setzt das militärische und finanzielle Ressourcen frei für Offensivoperationen in Gaza. Es gibt keine moralische Buchhaltung, die defensive Komplizenschaft von offensiver Komplizenschaft trennt. Jede Komponente, die Israels militärische Kapazität stärkt, trägt zur Gesamtkampagne bei.

Zweitens: Die Behauptung, bestehende Verträge könnten nicht gekündigt werden, ist juristisch fragwürdig. Als Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschierte, kündigten westliche Regierungen binnen Tagen Verträge, Lizenzen und

Handelsabkommen. Der Kontrast ist krass: Ukrainische Souveränität rechtfertigte schnelle, materielle Aktion; palästinensische Souveränität bekommt Pressemitteilungen.

Drittens: Die Aussage, Exporte entsprächen „nationalem Recht“, ignoriert die Frage, ob nationales Recht selbst gegen internationales Recht verstößt. Völkerrecht – insbesondere die Genfer Konventionen und die Genocide Convention – verpflichtet Staaten, nicht zur Verletzung von Menschenrechten beizutragen. Der Internationale Gerichtshof hat im Juli 2024 klargestellt, dass Israels Besatzung rechtswidrig ist und dass alle Staaten verpflichtet sind, nicht bei ihrer Aufrechterhaltung zu helfen. Westliche Waffenexporte nach Israel verstoßen gegen diese Verpflichtung.

Die Rechtfertigungen sind nicht nur juristisch unhaltbar – sie sind moralisch bankrott.

Anerkennung als politisches Theater

Um zu verstehen, warum diese Nationen Palästina anerkennen würden, während sie weiterhin Israel bewaffnen, hilft es, den innenpolitischen Druck zu verstehen, dem sie ausgesetzt waren.

In Großbritannien hatte sich die öffentliche Meinung dramatisch verschoben. Eine YouGov-Umfrage vom Juli 2025 ergab, dass nur 21 Prozent der Briten Israels Handlungen in Gaza für gerechtfertigt hielten, während über die Hälfte sagte, sie seien es nicht. Eine Ipsos-Umfrage fand heraus, dass nur 13 Prozent wollten, dass Großbritannien Israel unterstützt, verglichen mit 19 Prozent, die mehr Unterstützung für Palästinenser forderten – eine Umkehr, die noch vor Jahren undenkbar gewesen wäre.

In Australien ergab eine Oxfam-Umfrage, dass 82 Prozent der

Australier gegen Israels Blockade humanitärer Hilfe für Gaza waren, und fast zwei Drittel wollten, dass ihre Regierung eine festere Haltung zur Unterstützung palästinensischer Rechte einnimmt.

Selbst in Ländern, die Palästina nicht anerkennen, verschob sich der Boden. Überall in Europa forderten massive Demonstrationen ein Ende der Waffenverkäufe und Komplizenschaft bei dem, was viele Demonstranten – und eine wachsende Zahl von Rechtsgelehrten – als Völkermord bezeichneten.

Für westliche Regierungen, die zwei Jahre lang diplomatische Deckung und materielle Unterstützung für Israels Kampagne geliefert hatten, wurde die politische Kalkulation klar: Sie mussten etwas tun, um den innenpolitischen Druck zu lindern, ohne tatsächlich ihre Politik zu ändern. Da kommt die symbolische Anerkennung ins Spiel.

Indem sie Palästina zu einem Staat erklärten, konnten sich diese Regierungen als Verfechter von Gerechtigkeit und Frieden präsentieren. Sie konnten moralische Überlegenheit beanspruchen. Sie konnten ihren zunehmend empörten Öffentlichkeiten sagen, dass sie „Maßnahmen ergreifen“. Und entscheidend: Sie konnten all dies tun, ohne eine einzige Sanktion zu verhängen, einen einzigen Waffenvertrag zu kündigen oder echten Druck auf Israel auszuüben.

Es war in Wirklichkeit ein Druckventil – eine Möglichkeit, öffentliche Wut in eine symbolische Geste zu kanalisieren, die vor Ort nichts ändert.

Wie echte Anerkennung aussehen würde

Wenn diese Regierungen es mit palästinensischer Staatlichkeit ernst

meinten, würden ihre Handlungen grundlegend anders aussehen.

Erstens würden sie sofort alle Waffentransfers nach Israel stoppen – nicht nur neue Genehmigungen, sondern bestehende Verträge.

Als Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschierte, verhängten westliche Nationen innerhalb von Tagen umfassende Sanktionen. Der Kontrast ist krass: Ukrainische Souveränität rechtfertigte schnelle, materielle Aktion; palästinensische Souveränität bekommt Pressemitteilungen.

Zweitens würden sie ihren wirtschaftlichen Einfluss nutzen. Großbritannien, Frankreich und Kanada sind alle bedeutende Handelspartner Israels. Handelsabkommen könnten ausgesetzt werden, bis Israel seine Besatzung und Siedlungserweiterung beendet. Israelischen Beamten, die für dokumentierte Kriegsverbrechen verantwortlich sind, könnten Reiseverbote und Vermögenssperren drohen, wie europäische Nationen es bereits mit russischen Oligarchen getan haben.

Drittens würden sie palästinensischen Institutionenaufbau mit mehr als Rhetorik unterstützen. Das bedeutet Finanzierung für Infrastruktur, diplomatische Unterstützung bei den UN und Rückhalt für palästinensische Regierungsinstitutionen – nicht nur die Palästinensische Autonomiebehörde in ihrer derzeitigen, zutiefst kompromittierten Form, sondern reformierte Institutionen mit echter Legitimität.

Viertens würden sie Ost-Jerusalem als Palästinas Hauptstadt anerkennen – nicht als „zukünftige Aspiration“, die von israelischer Zustimmung abhängt, sondern als gegenwärtige Realität nach internationalem Recht.

Fünftens würden sie internationale Justizmechanismen unterstützen. Der Internationale Strafgerichtshof hat Haftbefehle gegen israelische Beamte erlassen; diese anerkennenden Staaten könnten aktiv mit dem IStGH kooperieren, anstatt ihn leise zu untergraben, wie Großbritannien es getan hat.

Schließlich würden sie das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge gemäß UN-Resolution 194 anerkennen – nicht als fernen Traum, sondern als rechtlichen Anspruch, der Teil jeder gerechten Lösung sein muss.

Nichts davon ist geschehen. Keine einzige konkrete Maßnahme ist der Anerkennung gefolgt. Die Waffenlieferungen gehen unvermindert weiter. Die Siedlungen expandieren weiter. Israels Militärkampagne wird weiterhin westlich finanziert.

Die Sicht aus Gaza

Als die Nachricht kam, dass fünf westliche Nationen Palästina anerkennen, reagierten viele Palästinenser mit vorsichtiger Hoffnung. Nach zwei Jahren Bombardierung, nach der Zerstörung ganzer Stadtviertel, nach dem Tod von Zehntausenden, schien die internationale Anerkennung vielleicht ein Wendepunkt zu sein.

Der palästinensische Gesandte in Großbritannien, Husam Zomlot, begrüßte Britanniens Anerkennung, war aber vorsichtig, ihre Bedeutung nicht zu übertreiben. „Es geht mehr um Großbritannien als um Palästina“, sagte er der BBC und bemerkte, dass Anerkennung von konkretem Druck auf Israel gefolgt sein müsse. „Das Thema heute ist, die Verleugnung unserer Existenz zu beenden.“

Doch die Bomben hörten nicht auf. Die Blockade wurde nicht

aufgehoben. Die humanitäre Krise verschärfte sich weiter. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums starben bis Ende September 2025 mindestens 369 Palästinenser verifiziert an Mangelernährung – eine Zahl, die die vorsätzliche Natur der israelischen Blockade humanitärer Hilfe unterstreicht.

Für Palästinenser in Gaza wurde schnell klar: Die Anerkennung war nicht für sie. Sie war für westliche Öffentlichkeiten – eine Möglichkeit für Regierungen, sich besser zu fühlen, während sie die Politik fortsetzen, die Gaza zerstört. Die Anerkennung ist kein Schutzschild. Sie ist eine Pressemitteilung. Kein Schutz, sondern Performance.

Wie würde echte Anerkennung aussehen? Sie würde so aussehen, dass Großbritannien zu Israel sagt: „Wir werden keine einzige Komponente mehr exportieren, die in Gazas Trümmern landet.“ Sie würde so aussehen, dass Frankreich sagt: „Wir werden Handelsabkommen aussetzen, bis palästinensische Souveränität respektiert wird.“ Sie würde so aussehen, dass Kanada sagt: „Wir werden IStGH-Ermittlungen und Haftbefehle ohne Vorbehalt unterstützen.“

Stattdessen bekommen Palästinenser Erklärungen. Reden. Symbolische Gesten, die nichts kosten und nichts ändern.

Aber Existenz erfordert mehr als Anerkennung. Sie erfordert Land, Ressourcen, Sicherheit, Souveränität. Sie erfordert, dass diejenigen, die einen Staat anerkennen, aufhören, diejenigen zu bewaffnen, die ihn zerstören.

Der gefährliche Präzedenzfall

Es geht nicht nur um Palästina. Es geht darum, was das

internationale System bedeutet – oder nicht bedeutet – in einer Ära, in der Macht über Prinzip triumphiert.

Die UN-Charta, die Genfer Konventionen, der Internationale Gerichtshof – all diese Institutionen und Rahmenwerke wurden auf der Prämisse gebaut, dass Recht zählt, dass Grenzen zählen, dass Menschenrechte zählen. Die Theorie war, dass die internationale Gemeinschaft diese Normen durchsetzen würde, selbst gegen mächtige Staaten.

Palästina testet diese Theorie. Und der Test scheitert.

Wenn westliche Nationen einen Staat anerkennen können, während sie gleichzeitig seine Zerstörung finanzieren, dann setzen sie nicht internationales Recht durch – sie demonstrieren, dass internationales Recht für bevorzugte Verbündete optional ist. Wenn Großbritannien Hunderte von Waffenexportlizenzen nach Israel aufrechterhalten kann, während es behauptet, palästinensische Staatlichkeit zu unterstützen, dann enthüllt es, dass „regelbasierte Ordnung“ Regeln für manche, Privilegien für andere bedeutet.

Dies hat Konsequenzen weit über Palästina hinaus. Wenn ein anerkannter Staat ungestraft zerstückelt werden kann, wenn internationales Recht nach Belieben missachtet werden kann, wenn Anerkennung nur symbolisch ist, welchen Schutz bietet dann Souveränität? Was bedeutet Staatlichkeit?

Die Botschaft an die Welt ist klar: Macht bestimmt die Realität, nicht Recht. Und wenn Sie auf der falschen Seite der Macht sind, wird Sie keine internationale Anerkennung retten.

Was als Nächstes kommt

Der Test für diese fünf Nationen – und für die internationale Gemeinschaft allgemein – ist einfach: Wird der Anerkennung Handlung folgen, oder war sie immer als leer gedacht?

Bisher deutet die Evidenz auf Letzteres hin.

Keine Waffenembargos wurden verhängt. Keine Sanktionen wurden angekündigt. Keine konkreten Maßnahmen wurden ergriffen, um Israel zur Rechenschaft zu ziehen oder palästinensische Souveränität aufzubauen. Aber die Geschichte ist nicht zu Ende. Der öffentliche Druck nimmt weiter zu. Rechtliche Herausforderungen schreiten voran. Der Internationale Gerichtshof hat klargemacht, dass Israels Besatzung rechtswidrig ist und dass alle Staaten verpflichtet sind, nicht bei ihrer Aufrechterhaltung zu helfen oder beizutragen.

Wenn westliche Öffentlichkeiten weiterhin echte Aktion fordern – nicht symbolische Gesten, sondern materielle Konsequenzen – haben ihre Regierungen möglicherweise keine Wahl, als nachzuziehen. Die Kluft zwischen Rhetorik und Realität ist zu groß, um sie zu ignorieren. Der Widerspruch zwischen der Anerkennung Palästinas und der Bewaffnung seiner Zerstörung ist zu grell, um ihn aufrechtzuerhalten.

Die Frage ist, ob diese Regierungen diese Kluft durch Handlung schließen werden, oder ob palästinensische Anerkennung der langen Liste gebrochener Versprechen und leerer Erklärungen beiträgt, die die Geschichte dieses Konflikts übersäen.

Für jetzt ist die Antwort klar: Anerkennung ohne Handlung ist keine Solidarität. Es ist Komplizenschaft mit besserem Branding.

Palästinensische Staatlichkeit wird nicht auf Pressemitteilungen und Fototerminen aufgebaut werden. Sie wird aufgebaut, wenn die Bombardierung aufhört, wenn die Siedlungen aufhören zu expandieren, wenn die Belagerung endet, wenn die Besatzung abgebaut wird – wenn die Nationen, die behaupten, Palästina anzuerkennen, aufhören, seine Zerstörung zu finanzieren.

Bis dahin ist Anerkennung nur ein anderes Wort für Verrat.



Michael Hollister war sechs Jahre Bundeswehrsoldat mit Balkan-Einsätzen (SFOR, KFOR) und blickt hinter die Kulissen militärischer Strategien. Nach 14 Jahren im IT-Security-Bereich analysiert er heute NATO-Expansion, europäische Militarisierung und westliche Interventionspolitik. Er kombiniert operative Innensicht mit kompromissloser Systemkritik. Seine Arbeiten erscheinen zweisprachig auf seinem **Blog** (<https://www.michael-hollister.com>) sowie in kritischen Medien im deutsch- und englischsprachigen Raum.